

Sozialismus

Libyen und der neue Imperialismus
DIE LINKE: Auf Kurssuche

Forum
Gewerkschaften

Zwischen Wettbewerbspakt
und Produzentendemokratie

Europäische Zäsur: Demokratieabbau & Schuldenkrise
Gangster-Rap & Alltagsmythologien



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie
unter www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen

www.Sozialismus.de



Aktuelle Kommentare, Tipps & Termine.

www.wissenschaft.info



Arbeitspapiere, Veranstaltungshinweise, Referenten, Forum.

www.linksnet.de



Das Portal für linke Politik und Wissenschaft von 34 Zeitschriften.

www.vsa-verlag.de



Neuerscheinungen, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben.

Neuer Imperialismus auf dem Vormarsch?

Ingar Solty: Öl, Kontrolle und Ideologie Libyen und der neue Imperialismus

2

DIE LINKE: Auf Kurssuche

Bernd Riexinger: DIE LINKE braucht Bilder einer anderen Gesellschaft Schlussfolgerungen aus dem Landtagswahlergebnis in Baden-Württemberg

7

Red. prager frühling: Folgt dem Neoliberalismus eine öko-kreative Hegemonie? Der Red-Green-Deal als linke Antwort auf die »grüne« Herausforderung

11

J. Bischoff/H. Hüning/B. Müller/B. Radke/B. Sander: Wo wir stehen und wie es weitergehen kann. Zur Strategie der Partei DIE LINKE

16

Horst Arenz/Werner Dreibus: Leerstellen der Linken oder: Was heißt, sich breiter aufstellen?

22

Ökonomische Risiken & Demokratieabbau

Joachim Bischoff/Richard Detje: Die europäische »Zäsur« Verschärfung der Schuldenkrise und -politik gefährdet Europas Demokratie

32

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik:

Wirtschaftliche Erholung mit hohen Risiken – aus dem Memorandum 2011

38

Forum Gewerkschaften

Detlef Gerst: Zwischen Wettbewerbspakt und Produzentendemokratie Betriebsräte im Innovationsprozess

46

Kulturkämpfe & ruppiger Individualismus/Geschichte

Max Lill: Neoliberale Alltagmythologien in der Krise Zwischen bürgerlichem Ressentiment und Gangsta Rap

52

Christina Ujma: 150 Jahre Italien Geburtstagsfeier mit Hindernissen

60

Jörg Roesler: Die Treuhandprivatisierung

63

Termine/Filmkritik

Impressum

61

Veranstaltungen

64

Johannes Springer: Utopia LTD. (Filmkritik)

65

Supplement:

Karl Georg Zinn

Wachstum | Wohlstand | Weltbevölkerung

Die demografische Herausforderung des 21. Jahrhunderts

DIE LINKE braucht Bilder einer anderen Gesellschaft

Schlussfolgerungen aus dem Landtagswahlergebnis in Baden-Württemberg

von | Bernd Riexinger

58 Jahre ununterbrochene Regierungsbeteiligung der CDU wurden mit der Landtagswahl am 27.3.2011 beendet. Eine Zäsur für das wirtschaftlich starke Baden-Württemberg – ein Land, in dem die CDU Staatspartei genannt wurde. Nahezu alle Landräte, alle Regierungspräsidenten, zahlreiche Gemeinderäte und Bürgermeister, Manager wichtiger Konzerne, Vorstände großer Verbände und Vereine gehören dieser Partei an. Ein politisch-wirtschaftliches Netzwerk, das nicht zufällig mit den Worten Maultaschen- oder Spätzle-Connection umschrieben wurde.

Es gibt sicherlich eine Vielzahl von Ursachen, die zur Abwahl von Schwarz/Gelb geführt haben, wie die Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik, die Ein-

führung von Studiengebühren, die Arroganz der Macht, die der stiernackige Ministerpräsident Stefan Mappus geradezu körperlich symbolisiert hat. Letzten Endes waren es jedoch zwei Bewegungen, die das Wahlergebnis entscheidend beeinflusst haben: die Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21 und die Anti-AKW-Bewegung. Seit Monaten protestieren Zehntausende von Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern gegen das Milliardenprojekt Stuttgart 21. »Mappus weg« war der am häufigsten gehörte Ruf auf den zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen. Davon profitierten am meisten die Grünen. Allein in Stuttgart konnten sie drei von vier Direktmandaten erringen. Tausende feierten auf der Mappus-Abschiedsparty auf dem

Stuttgarter Schlossplatz.

Verstärkt wurde dieser Trend durch das tragische Atomunglück in Japan. Die Baden-Württembergische Landesregierung gehörte zu den entschiedensten Verfechtern einer Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Mappus hatte Bundesumweltminister Röttgers deshalb sogar zum Rücktritt aufgefordert. Neckarwestheim II gehört zu den ältesten Atomkraftwerken in Deutschland. Die Atomkraftgegner hatten eine Woche vor den Landtagswahlen zu einer Menschenkette von Stuttgart bis Neckarwestheim aufgerufen. Aufgeschreckt durch das Atomunglück in Fukushima

Bernd Riexinger ist Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg.



Auf dem 2. ordentlichen Landesparteitag der LINKEN Baden-Württemberg, 6.12.2008 (Foto: dpa)

folgten 50.000 Atomkraftgegner/innen dem Aufruf.

Soziale Fragen spielten in der Endphase des Wahlkampfes nur noch eine untergeordnete Rolle. Zwar hatten die Gewerkschaften im Vorfeld ihre landespolitischen Vorstellungen eingebracht und ver.di und die Betriebs-Personalräte der Kliniken noch eine Demonstration mit 4.000 Teilnehmer/innen zur Krankenhausfinanzierung auf die Beine gestellt, aber insgesamt waren sie kein aktiver Faktor zum Sturz von Schwarz-Gelb. Die beiden Parteien, die insbesondere die sozialen Themen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt haben, SPD und LINKE, gehören nicht zu den Wahlgewinnern. Die SPD fuhr ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegsgeschichte ein und DIE LINKE blieb deutlich unter ihren Erwartungen.

Bewertung des Wahlergebnisses im Landesverband Baden-Württemberg¹

Das Wahlergebnis blieb weitgehend unter den Erwartungen. Noch wenige Wochen vor den Wahlen waren nahezu alle Kreisverbände davon überzeugt, dass wir die 5-Prozenthürde knacken können. Die näheren Wahlanalysen zeigen, dass wir einerseits 33.000 Stimmen an die Grünen verloren haben, andererseits unsere Wähler/innen, die uns noch bei den Bundestagswahlen und letzten Landtagswahlen gewählt hatten, bei Weitem nicht mobilisieren konnten. DIE LINKE hat 25.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager erhalten, während die Grünen fast 270.000 Stimmen gewinnen konnten. Die Wählerwanderung zwischen SPD und Linken blieb im Saldo fast ausgeglichen, während wir von CDU und FDP sogar Stimmen dazugewinnen konnten. Unter dem Strich gewann DIE LINKE 18.000 Stimmen dazu, aufgrund der höheren Wahlbeteiligung fiel das Wahlergebnis prozentual jedoch schlechter aus als vor 5 Jahren (WASG). Bei den Erstwähler/innen blieb das Ergebnis ernüchternd.

Die Zahlen und die gemachten Erfahrungen belegen, dass die Stimmung ca. zwei Wochen vor den Wahlen zu Gunsten der Grünen gekippt ist. Sowohl in Rheinland Pfalz als auch in Ba-

den Württemberg hat DIE LINKE ähnlich abgeschnitten, was sicherlich etwas mit einem Gesamttrend zu tun hat. In Baden-Württemberg gab es jedoch eine landespolitische Besonderheit, die uns im Vorfeld der Wahlen eher optimistisch stimmte. Es gab eine deutliche Wechselstimmung gegen Schwarz-Gelb. Dazu kam mit S21 eine starke außerparlamentarische Bewegung, die über Monate hinweg die politische Stimmung beeinflusst hat. In dieser Bewegung hatten wir durchaus an Ansehen gewonnen.

DIE LINKE war Teil dieser Wechselstimmung, zumal es bis zwei Wochen vor den Wahlen wahlentscheidend war, ob wir reinkommen oder nicht. »Mappus weg mit links« war ein treffender Slogan. Als jedoch in der Folge des tragischen Atomunfalls in Japan die Grünen um fünf Prozentpunkte in den Umfragen nach oben schnellten, während die Linke bei 4-5 % verharrte, haben sich mehr und mehr Wähler/innen entschieden Grüne zu wählen – aus Angst ihre Stimme zu verlieren, wenn die Linke keine 5% bekäme. Diese Rechnung ist unter dem Strich ja auch aufgegangen. Die Bedenken, dass die Linke scheitern könnte und damit Mappus bliebe, wogen schwerer als der erstmalige Einzug der Linken in den Landtag. Dieser Trend wurde durch das Atomunglück erheblich verstärkt. Die sozialen Fragen sind für die Wahlentscheidung nach unten gerutscht., Atomkraft und Energie ganz nach oben. Die SPD verzeichnete das schlechtestes Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte.

Guter Wahlkampf

Alles in Allem haben wir einen sehr guten Wahlkampf gemacht. Die Partei war sehr gut motiviert. Die Aktiven identifizierten sich weitgehend mit den Wahlkampfmaterialien. Es wurden eine Million Wahlkampfzeitungen verteilt. Die Wahlkampfveranstaltungen waren überwiegend gut besucht, die Z-Veranstaltungen sogar sehr gut. Die Medien haben keine Hetze und (von Ausnahmen abgesehen) keine Ausgrenzung betrieben. Vielfach wurden wir behandelt, wie die fünfte Partei im Landtag. Unsere

Spitzenkandidaten machten eine gute Figur. Das Landeswahlbüro hat einen sehr guten Job gemacht. Die Partei ist sehr geschlossen aufgetreten. Natürlich gab es auch kritische Phasen, z.B. bei der Unterschriftensammelei. Wir müssen jedoch auch berücksichtigen, dass wir nach wie vor zu wenig Mitglieder und zu wenig Aktive sind, um in einem so großen Flächenland wie Baden-Württemberg dauernde Präsenz zu zeigen.

Die Kritik, z.B. im »Neuen Deutschland« geäußert, wir hätten kein eigenes Profil entwickelt, sondern allein auf die Zünglein an der Waage-Rolle gesetzt, geht an der Realität vorbei, ebenso, wie die Behauptung, dass wir uns auf die sozialen Fragen verengt hätten. Beides trifft nicht zu. Unser Landeswahlprogramm, das in einem offenen Arbeits- und Diskussionsprozess erarbeitet wurde, zeigt, dass wir landespolitisch sehr gut aufgestellt waren. Drei von sechs Plakaten waren zu den Themen: Demokratie, Atomkraft/Energie und S21. Wir selbst hatten einen themenorientierten und inhaltlich zugespitzten Wahlkampf entworfen und durchgeführt. Die Rolle der Linken als vielleicht wahlentscheidende Kraft für die Ablösung von Mappus hatte sich erst im Laufe des Wahlkampfes ergeben und wurde von uns dementsprechend medial genutzt.

In der bisherigen Debatte gab es davon drei abweichende Thesen:

- Wir hätten uns stärker von den Grünen und der SPD abgrenzen müssen und einen stärker antikapitalistischen Kurs fahren sollen. Gegenüber SPD und Grünen wären wir zu weichgespült gewesen.
- Die Kommunismusdebatte hätte uns geschadet und wir hätten uns hier stärker abgrenzen und einen Kurs der sozialen Marktwirtschaft einschlagen sollen.
- Wir hätten unsere sozialen Themen stärker betonen müssen. Die Aussagen zu S21 und Atomkraft hätten uns nichts genutzt.

Alle drei Positionen müssen natürlich in die Betrachtung einbezogen werden, fanden jedoch keine allgemeine Zustimmung. Die erhöhte Wahlbeteiligung kam fast ausschließlich den Grünen zu Gute, die jedoch kaum von Leuten gewählt

wurden, die eine stärker antikapitalistische Haltung haben. Wir haben uns zwar von SPD und Grünen abgegrenzt, aber gleichzeitig betont, dass an der Linken der notwendige Politikwechsel nicht scheitern würde. Alles andere hätte uns vermutlich völlig ins Abseits gestellt. Für die Zukunft wird jedoch eine schärfere Kritik an SPD und Grünen notwendig und unvermeidlich sein.

Die Kommunismusdebatte hat uns nicht genützt, war aber eher nicht wahlentscheidend. Eine Politik der sozialen Marktwirtschaft entspricht nicht unserem politischen Selbstverständnis. Wir wollen auch keine bessere SPD sein.

Eine Verengung auf die sozialen Fragen hätte kaum verhindern können, dass diese nach dem Atomunglück nach hinten gedrückt wurden. Außerdem gibt es die gegenteilige Kritik, dass wir inhaltlich und personell zu wenig glaubwürdig in ökologischen Fragen seien. Trotzdem stellt sich die Frage, ob wir mit einer stärkeren Polarisierung in sozialen Fragen nicht mehr Menschen in den »sozialen Brennpunkten« mobilisieren können. Es muss uns schon zu denken geben, dass doppelt so viele Erwerbslose die Hartz IV-Partei GRÜNE gewählt haben als DIE LINKE.

Erste Schlussfolgerungen

Die Landespartei muss ihr Selbstverständnis als Partei der sozialen Gerechtigkeit schärfen. Eine Aufweichung unserer Kernpunkte, um eine größere Anschlussfähigkeit an Grüne und SPD herzustellen, wie es zum Teil bundespolitisch gefordert wird, wäre völlig falsch. Im Gegenteil: Wir sind jetzt linke außerparlamentarische Opposition zu einer von SPD und Grünen gestellten Landesregierung. Beide sind Agenda 2010-Parteien und stehen für Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die im Landeswahlprogramm ausformulierte und im Landtagswahlkampf dazu gewonnene landespolitische Kompetenz müssen wir ausbauen und vor allem in praktische Politik umsetzen. Schon jetzt zeigt sich, dass SPD und Grüne die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen werden (Abbau von Lehrstellen, Stuttgart 21). Die wiederhol-

ten Äußerungen, dass gespart werden müsse und alle Reformprojekte unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden, zeigt wohin der Weg gehen wird. Es wäre jedoch verkürzt, einfach auf das Scheitern von SPD und Grünen zu setzen. Der Reformstau in Baden-Württemberg ist so groß, dass es ohne größeren finanziellen Aufwand einige Verbesserungen geben wird. Unsere Aufgabe wird darin bestehen, die neue Landesregierung mit unseren weitergehenden Positionen zu konfrontieren und die absehbaren Angriffe von Schwarz-Gelb auf jeden noch so kleinen Reformschritt zurück zu weisen. Wichtig wird sein, dass wir zu zentralen Themen der Landespolitik eigene Vorstellungen entwickeln und diese politikfähig machen. Dazu könnte ein landespolitischer Arbeitskreis gebildet werden, in dem das Landeswahlbüro einen wichtigen Kern bilden könnte, aber auch die Kandidaten/innen bei den Landtagswahlen.

Die bereits im Landesprogramm vorgenommene inhaltliche Spektrum der Partei soll durchaus erweitert werden. Es wird jedoch wenig bringen, in der Ökologie- oder Demokratiefrage einfach den Grünen hinter herzurennen. Die Grünen entwickeln sich zur neuen bürgerlichen Volkspartei, weil sie ein Reformprojekt für einen ökologischeren Kapitalismus besitzen. Sie werden dabei von den modernen Kapitalfraktionen unterstützt. Sie erwecken den Anschein, dass die ökologischen Fragen gelöst werden können, ohne den Kapitalismus in Frage zu stellen, ja sogar Konkurrenzvorteile für die deutsche Wirtschaft entstehen können. Dieses Modell ist insbesondere für die Mittelschichten attraktiv. Die Grünen werden damit jedoch in Wirklichkeit weder die sozialen noch die ökologischen Fragen lösen. Die Linke muss ihre Themen im Rahmen ihrer Identität als soziale und sozialistische Partei weiterentwickeln. Also, die Ökologiefrage mit der sozialen Frage verbinden. Unter ökologischer Zerstörung, Umweltbelastung und schlechter Ernährung leiden die ärmeren Bevölkerungsschichten am stärksten. In der Demokratiefrage geht es darum, deren materielle Grundlage anzugehen. Dazu gehört auch die Eigentumsfrage.

Die Rolle der Partei als wichtiger Be-

standteil der außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen muss gestärkt werden. Wir haben durchaus in der Bewegung gegen S21, der Anti-AKW-Bewegung und den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahren an Ansehen gewonnen, auch wenn erstere uns nicht unbedingt gewählt haben. Daran gilt es anzusetzen. Gerade jetzt sollten wir uns nicht zurückziehen, sondern dafür sorgen, dass der Druck auf die neue Landesregierung draufbleibt. Bei unseren eigenen Politikfeldern sollten wir daran arbeiten, die Kampagnefähigkeit der Partei zu verbessern. Insbesondere im Bereich der Bildung, Kindertagesstätten, dem ganzen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und gewerkschaftlichen Kämpfen gegen Sozialabbau, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen können wir regionale und überregionale Initiativen stärken oder sogar an der einen oder anderen Stelle Bündnisse ins Leben rufen.

Das gilt auch für die Kommunalpolitik. Unsere Vertretung in den Kommunalparlamenten können wir nutzen und ebenfalls mit außerparlamentarischen Kampagnen und Initiativen verknüpfen. Unserer kommunalpolitischen Verankerung und Politikfähigkeit sollten wir mehr Aufmerksamkeit widmen. Daraus ergeben sich auch inhaltlich viele Verknüpfungen zur Landespolitik.

Die Wahlanalysen zeigen, dass wir nur eine geringe Mobilisierung derjeni-

¹ Die nachfolgenden Ausführungen sind stützen sich auf ein Thesenpapier von Bernd Riexinger und Bernhard Strassdeit. Es bildete die Grundlage für eine ausführliche Diskussion im Landesauschuss (kleiner Parteitag) am 17. April. Die Debatte war äußerst konstruktiv und soll auf einer Klausurtagung im Mai fortgesetzt werden.

Bisher gab es eine erste ausführliche Diskussion im Landesvorstand sowie verschiedene Debattenbeiträge einzelner Kreisverbände und Einzelpersonen. Alle Diskussionen liefen sehr solidarisch und konstruktiv. Trotz des unerwartet schlechten Ergebnisses gibt es keine Untergangsstimmung. Im Gegenteil, die Debatte über den weiteren Parteiaufbau, die Gewinnung neuer und die Aktivierung bestehender Mitglieder sowie die Frage der weiteren Positionierung steht eindeutig im Vordergrund. Die dringend notwendige Diskussion über die Ursachen des Wahlergebnisses wird verbunden mit dem Blick nach vorne. Nachfolgend wird der Versuch gemacht, den bisherigen Stand der Diskussion zusammenzufassen und erste Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen. Die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, aber auch das in Sachsen-Anhalt haben zu einer Diskussion über die weitere Ausrichtung der Partei auf Bundesebene geführt. Auch dazu werden einige Ausführungen gemacht.

gen Wähler/innen hatten, die uns noch bei den letzten Landtags- oder Bundestagswahlen gewählt haben. Obwohl wir nach wie vor die höchsten Wahlergebnisse in den »sozialen Brennpunkten« erzielten, ist die Bindung unserer »Stammwähler/innen« gering. Offensichtlich hängt das damit zusammen, dass die Wahl der Linken zu keiner schnellen Verbesserung ihrer Lebenslage geführt hat. Wir müssen uns also einerseits überlegen, wie wir unsere Präsenz in diesen Bereichen festigen, auch außerhalb von Wahlzeiten, und wie wir andererseits unsere Positionen und Forderungen zumindest teilweise durchsetzen können, auch wenn wir nicht an der Regierung sind.

Jugend: Hier wäre zusammen mit Solid eine gesonderte Diskussion zu führen, welche Ursachen für unsere relativ bescheidene Resonanz bei den Jugendlichen gesehen werden und welche Konsequenzen wir daraus ziehen können.

Parteiaufbau weiter entwickeln

Trotz insgesamt guter Wahlkampforganisation können wir nicht darüber hinweg sehen, dass unsere Partei immer noch viel zu schwach entwickelt ist, um in einem Flächenland wie Baden-Württemberg spürbare Politikfähigkeit zu entwickeln. Zu übersehen ist ebenfalls nicht, dass die Mitgliederzahlen stagnieren. Außerdem gelingt es uns nicht ausreichend, die Mitglieder in die aktive Arbeit einzubeziehen und neue Mitglieder zu integrieren. Viele Mitglieder hatten sich über ihre Kräfte hinaus engagiert, was kein Dauerzustand sein kann.

Nahezu alle Kreisverbände berichteten, dass die Resonanz bei den Infoständen und den Gesprächen positiv waren, teilweise positiver als bei den Bundestagswahlen. Es gibt also eine offensichtliche Diskrepanz zwischen der Sympathie, die der Linken vielfach entgegengebracht wird, und dem Wahlverhalten. Die Existenz der Linkspartei wird weit über unser Wahlergebnis hinaus als notwendig angesehen. Das schafft Möglichkeiten, neue Mitglieder zu gewinnen und/oder zumindest unser aktives Umfeld zu vergrößern.

Es ist deshalb kein Aktionismus,

wenn wir vorschlagen, eine Mitgliederwerbemaßnahme zu starten. Arbeitstitel: »Wer eine linke Partei will, sollte auch etwas dazu beitragen«. Gleichzeitig brauchen wir vielfältige Formen die Mitglieder und auch Interessierte stärker in unsere Arbeit einzubeziehen (Arbeitskreise, Projekte, vielfältige Formen, des Mitmachens, usw.). Die politische Bildungsarbeit zur Qualifizierung interessierter Mitglieder sollte diesen Prozess befördern. In diesem Zusammenhang sollte auch diskutiert werden, welche Rolle die LAG's bei der skizzierten Landespolitik und bei der Aktivierung von Mitgliedern spielen können.

Was heißt das für die Bundespartei?

Auch für die Bundespartei gilt, dass sie bei den nächsten Wahlen in die gleiche Konstellation wie in Baden-Württemberg kommen kann. Deshalb muss die Partei unterscheidbar zu Grünen und SPD sein. Unser Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit müssen wir weiterentwickeln und schärfen. Dabei wird es von besonderer Bedeutung sein, dass wir auch analytisch auf die Höhe der Zeit kommen. Die Zunahme prekärer Arbeit und damit auch im Aufschwung die Herausbildung eines gespaltenen Arbeitsmarktes wird ein wichtiges Politikfeld für die Linke sein müssen.

Zu beachten ist, dass diese Entwicklung sowohl die prekär Beschäftigten als auch die betrifft, die in sog. Normalarbeitsverhältnissen arbeiten. Die Forderung nach Regulierung der Arbeitsverhältnisse und der Kampf gegen Niedriglöhne werden einen wichtigen Schwerpunkt der Bundespartei bilden müssen.

Die wachsende öffentliche Verschuldung und die Eurokrise machen deutlich, dass die Art und Weise wie die größte Finanzkrise der Nachkriegszeit »gelöst« wurde, die nächste Krise geradezu vorprogrammiert. Die wachsende Verschuldung der öffentlichen Haushalte birgt nicht nur die Gefahr der nächsten Finanzkrise in sich, sondern verläuft nach dem bekannten Schema wachsender öffentlicher Armut bei steigendem privaten Reichtum. Die Fragen

der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen wir in diesen Zusammenhang stellen. Ebenso wird die Verteilungsfrage in vielfältiger Form ins Zentrum der Auseinandersetzungen rücken. Die Anforderungen wachsender Teile der Bevölkerung an Bildung, Ausbau der Kindertagesstätten und Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur geraten in Gegensatz zu der Ausstattung der öffentlichen Haushalte. Das wird ein wichtiges Politikfeld für die Linke.

Die sozialen Ungleichgewichte in Europa und die Schuldenkrise sind ein ständiger Nährboden für nationalpopulistische Parteien und Gruppen. Bisher haben wir in Deutschland keine rechtspopulistische Bewegung, was mit Sicherheit mit der Existenz der Linken zusammenhängt. Die Bindung der Wähler/innen insbesondere in den sozialen Brennpunkten ist jedoch auch bundesweit nicht stabil. Die Empfänglichkeit für rechte Positionen ist dort durchaus vorhanden. DIE LINKE muss überlegen, wie sie eine stabilere Bindung herstellen und die »Selbst«-Organisation vorantreiben kann.

Ökologie und Demokratisierung sind Politikfelder, die DIE LINKE nicht den Grünen überlassen darf. Sie muss jedoch über deren Politikansatz hinausgehen, d.h. bei der Ökologiefrage muss bereits der Produktionsprozess und die im Kapitalismus angelegte Externalisierung der ökologischen Kosten ins Zentrum gerückt werden. Bei der Demokratisierung geht es auch um die Demokratisierung der Wirtschaft und die Verbesserung der Rechte von Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften.

Mittelfristig wird der Begriff demokratischer Sozialismus inhaltlich ausgefüllt werden müssen. DIE LINKE kann sich nicht damit begnügen, ihre Alltagsforderungen und Positionen zu vertreten. Sie muss diese auch mit dem Bild einer anderen Gesellschaft verknüpfen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Urban Köller Solök
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Urban Köller Solök
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

